

Stabiles Geld muss neutral sein

Klaus Willemsen

Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen; und dennoch hat das Gros der Menschen immer weniger Spielraum, diesen Reichtum für ein Leben in Sicherheit und Harmonie zu nutzen. Der grenzenlose Reichtum Einiger geht immer zu Lasten der Freiheit aller Übrigen. Dies gilt für den Wunsch der Allgemeinheit, die Erde vor Raubbau und Kontamination zu bewahren, gleichermaßen wie für den Umstand, dass Menschen trotz fleißiger und guter Arbeit der Zugang zu Bildung, Gesundheit und kreativer Freizeit verwehrt bleibt. Nie zuvor gab es so viel Wohlstand zu verteilen. Dennoch verursachen Wirtschaftskrisen zunehmend Angst, Verunsicherung und Not. Die bekannten Lösungsvorschläge sind voller Widersprüche. Immer mehr Menschen werden arbeits- beziehungsweise erwerbslos, während andere zu immer längeren Arbeitszeiten gezwungen werden.

Wachstum ohne Maß



Das Bruttosozialprodukt muss ständig wachsen, um Auskommen für alle zu gewährleisten. Es werden Waren produziert, für die mit viel Aufwand Nachfrage geschaffen werden muss, um Arbeitsplätze zu sichern. Gleichzeitig sind zunehmende Produktivität und Rationalisierung für immer mehr Bürger eine Bedrohung, anstatt ein Segen für

alle zu sein. Unserer Gesellschaft ist es derzeit nicht möglich, auf tödliche, schädliche und sinnlose Produktion zu verzichten. Der Volkswirtschaft, und in der Folge uns allen, geht es schlechter, wenn wir weniger trinken, essen, reisen, verschwenden und verbrauchen. Der Verzicht auf U-Boot-Exporte oder die Steuersubventionen für Dienstwagen würde, wie auch eine allgemeine Umstellung auf eine gesündere Ernährung mit der Folge eines geringeren Medikamentenumsatzes, die Produktion verringern und hätte damit auch geringere Steuereinnahmen zur Folge. Dies könnte beispielsweise die Finanzierung von Kita-Plätzen gefährden.

Was aber wird aus Konsumenten, die ihren Verbrauch Jahr für Jahr steigern? Schon ein Wachstum von drei Prozent bedeutet, dass Verbrauch und Produktion alle 23,5 Jahre verdoppelt werden. Vereinfacht ausgedrückt müssten unsere Kinder demnach 2030 doppelt so viel Bier trinken, Autos kaufen, Flugreisen machen und Tabletten schlucken wie wir derzeit und das Vierfache dessen, was unserer Eltern in den 80er Jahren schafften. Unklar ist, wie diese Steigerung der Binnennachfrage aussehen soll, wenn man bedenkt, dass immer mehr Menschen ohne Arbeit sind und die Arbeitenden insgesamt eine sinkende Kaufkraft hinnehmen müssen.

Ökonomen jedweder Couleur wissen auf solche Widersprüchlichkeiten nur einen Rat: Der Staat soll noch mehr Schulden machen. Die aktuelle Wirtschaftskrise rechtfertigt zusätzliche Schulden in beinahe beliebiger Höhe. Mit „Konjunkturprogrammen“ wird

Nachfrage stimuliert, wenn die Bürger nicht mehr genügend konsumieren wollen oder können. Nach 60 Jahren Wirtschaftswachstum fällt den Ökonomen nichts Besseres ein, als mehr Wirtschaftswachstum zu fordern. Nur so ließe sich der Verlust von Mio. Beschäftigungsverhältnissen aufhalten. Ein Verständnis von den tieferen Ursachen der Krise fehlt. Der abrupte Abbruch der weltweiten Wachstumsphase 2008 ist für Ökonomen ein Ausreiter wie alle Zusammenbrüche, die seit mehr als 200 Jahren in fast regelmäßigen Abständen das Wirtschaftsgeschehen erschüttern. Auch heute glaubt man schon wieder, durch einige belanglose Maßnahmen nun endlich grenzenloses Wachstum ohne Zusammenbruch erzielen zu können. Dass ein System, das immer schneller anwächst, früher oder später einbrechen muss, ist im Denken der Ökonomen nicht berücksichtigt.

Die Krise ist nur das Symptom



Ausgelöst durch eine ungebremschte Spekulationsgier und durch naiven Wachstumsglauben ist etlichen Finanzinstituten die finanzielle Basis verloren gegangen. Der Geldkreislauf kam ins Stocken, und es platzte die Hoffnung, all die schönen Finanzprodukte würden in den Himmel wachsen. Verdrängt wurde die simple Wahrheit, dass kein System und keine Wirtschaft bei permanentem Wachstum davor bewahrt bleiben, zusammenzubrechen. Wenn sich die Wetteinsätze der Zocker um das Tausendfache von den realen Werten entfernen, kommt zwangsläufig der Punkt, da einer clever genug ist, rechtzeitig auszusteigen. Einige Schläue folgen, die Kurse fallen, und wer zu lange zögert, verliert am meisten. Diese Entwicklung ist keine überraschende Ausnahme, sondern eine zyklisch auftretende Selbstverständlichkeit. Platzen die Spekulationsblasen sind aber nur ein Symptom einer zerstörerischen Entwicklung.

Der Kern der Krise besteht darin, dass immer mehr und immer effektiver produziert wird, während die Löhne der Arbeitenden immer weniger ausreichen, die erzeugten Waren zu kaufen. Der Altmeister der Ökonomie, John Maynard Keynes, hatte bereits 1936 im Titel seines Hauptwerkes „Die Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ die Zusammenhänge formuliert. Wenn das Wachstum in der Produktion zurückgeht, muss auch der Zinsfuß gegen Null sinken. Nur so ist gewährleistet, dass die Arbeitenden dauerhaft ausreichend Lohn erhalten, um die Waren zu kaufen, die sie erzeugen. Leider haben es nahezu alle Ökonomen ein halbes Jahrhundert lang versäumt, sich über ein Zinsniveau um Null Gedanken zu machen. Sie waren im Rausch des unbegrenzten Wachstums verfangen, und das Erwachen in der Realität, die heute die Grenzen des Wachstums vorgibt, ist für sie mehr als irritierend. Dabei ist die Aufgabenstellung recht einfach: Der Absatz ist nicht grenzenlos zu steigern, und damit ist auch das Wachstum des Sozialprodukts begrenzt. Behält man aber ein Geldsystem bei, dass einen Kapitalmarktzins von mindestens drei Prozent fordert, verarmen alle, die nicht überwiegend von ihrem Kapitalertrag leben. Die Grafik veranschaulicht die Verarmung der arbeitenden Bevölkerung, wenn das Sozialprodukt langsamer wächst als der Kapitalertrag. Bei Kapitalmarkt-Zinssätzen von 3 bis 8 % wachsen die Geldvermögen und mit ihnen die Schuldenberge aber auch in Krisenzeiten ungebremst.



Abbildung 1: BIP Aufteilung
 Schon in einigen Jahren wird der Anspruch des Kapitals an das Sozialprodukt gleich groß sein, wie die Summe der Nettogehälter.
 (Creutz & Willemsen)

Die Spanne zwischen Wachstumsrate und Zinssatz ist die entscheidende Belastung für die öffentlichen Haushalte wie für die Unternehmen. Die Kapitalkosten können in der Überangebotssituation nicht ausreichend über die Preise an die Konsumenten weitergegeben werden. Die Folge sind Entlassungen und höherer Leistungsdruck bei den Beschäftigten. Das spüren die Journalisten in den Verlagshäusern gleichermaßen wie die Arbeiter in der Fabrikhalle oder die LKW-Fahrer auf den Straßen. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stehen unter diesem immer höheren Druck.

Der entscheidende Hebel sind die Zinssätze



Ein Ausweg wird erkennbar, wenn die Zinssätze am Kapitalmarkt bei gesättigten Märkten dauerhaft um die Null-Prozent-Marke pendeln. Dies setzt zum einen voraus, dass Sparer ihr Geldvermögen auch dann bereitwillig ausleihen, wenn sich der Zinsertrag der Inflationsrate annähert. Zum anderen muss sich unser Verständnis vom Umgang mit Geld anpassen. Die Nutzung von Liquidität muss Kosten verursachen.

Die zweite Bedingung hat durch die Realität an den Weltfinanzmärkten bereits Einzug in die wissenschaftliche Debatte gehalten. Verwundert riefen sich die Ökonomen zu Jahresbeginn 2009 die Augen, als hätten sie gerade erst entdeckt, dass es einen negativen Zahlenbereich gibt. Ein Blick auf ihre gewohnten Formeln sagte ihnen: Leitzinsen weiter senken. Nach den Taylor-Regeln müssten die Leitzinsen derzeit negativ sein. Der Leitzins des US-Dollar sollte im Frühjahr 2009 minus fünf Prozent betragen. Das jedoch schien schlicht nicht möglich. Es hieße, so die Sorge, die Geschäftsbanken bekämen eine Geldprämie dafür, dass sie Geld

in Umlauf bringen. Eine dramatische Ausweitung der Bargeldmenge wäre die Folge. Während die Theoretiker noch darüber berieten, ob negative Zinssätze tatsächlich unmöglich seien, wagte die Schwedische Notenbank den ersten Schritt. Sie legte den Zins für Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank im Juli 2009 auf minus 0,25 Prozent fest. Damit verursacht ein Teil der Überschussliquidität den Geschäftsbanken Kosten, die sie nur vermeiden können, wenn sie diese Liquidität anderen Geldhäusern zur Verfügung stellen. Die Entscheidung hat bewiesen, dass negative Zinsen technisch einsetzbar sind. Dem Geld kann so ein Impuls gegeben werden, sich auch dann anzubieten, wenn keine Zinsgewinne locken. Stockungen im Geldkreislauf und Kreditklemmen zwischen den Geschäftsbanken werden so verhindert.

Gebühr auf Liquidität



Der nächste Schritt muss darin bestehen, diese Erkenntnisse auf das von uns genutzte Bargeld und die Girokonten bei den Geschäftsbanken anzuwenden. Ein Problem der Geldmengensteuerung besteht darin, dass die herausgegebene Geldmenge derzeit nicht gleichmäßig umläuft. Trotz einer stetigen Ausweitung der Bargeld- und Girogeldmenge wird zu wenig Geld ausgegeben. Wenn der Geldumlauf gewährleistet ist, wird Geld ausgegeben, investiert oder anderen in Form von Krediten zur Verfügung gestellt. Die entscheidende Veränderung muss durch die Beeinflussung der Geldumlaufgeschwindigkeit (genauer: durch eine Verstetigung des Geldumlaufs) erreicht werden. In den Lehrbüchern findet sich hierfür jedoch kein geeignetes Mittel außer einer erhöhten Inflationsrate. Der bisher verkannte, plausible Lösungsweg heißt Liquiditätsgebühr.

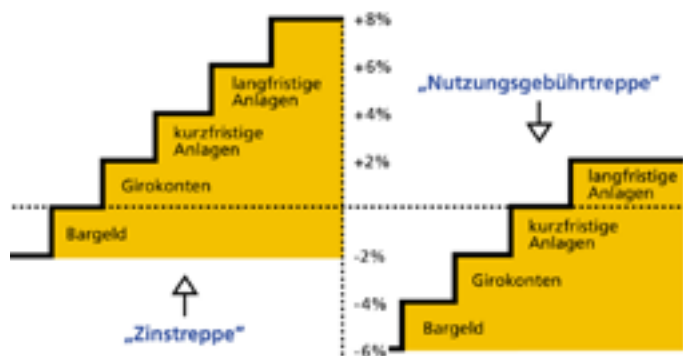


Abbildung 2: Zinstreppe

Der Verlauf der Zinsstrukturkurve bzw. Zinstreppe ist entscheidend für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. (Creutz & Willemsen)

Zins- und Inflationsraten um null Prozent machen Hortung und verstärkte Liquidität zu Spekulationszwecken attraktiv. In der Folge verringert sich das Angebot für langfristige Ausleihungen. Die Kassenhaltung unterliegt derzeit keinem Inflationsverlust und verursacht keine Kosten. Ein sogenannter Geldstreik ist die beinahe zwingende Folge. Schon Sir John Maynard Keynes hat dies, mit Verweisen auf Silvio Gesell, beschrieben. Den Ausweg bietet eine Gebühr auf die Geldnutzung bzw. auf die Geldhaltung.

Das Zurückhalten von Liquidität kann durch eine Gebühr auf Bargeld zum Kostenfaktor gemacht werden. Dadurch werden die Marktteilnehmer angehalten, ihre Liquidität weiterzugeben. Dies geschieht in Form von Käufen, Investitionen oder als Kredit an andere. Mit einer Nutzungsgebühr bekommen die Notenbanken ein Regulativ an die Hand, mit dem sie aktiv die Umlaufgeschwindigkeit der herausgegebenen Geldmenge beeinflussen können. Ein gleichmäßiger Geldumlauf beugt Nachfragekrisen vor. Mit den Kosten für die Hortung des Geldes wird gleichzeitig verhindert, dass sich ein Inflationspotenzial aufbauen kann, wie dies bisher immer wieder geschieht. Eine Versteigerung der Umlaufgeschwindigkeit beruhigt die Warenmärkte. Das zyklische Auf und Ab durch Nachfragekrisen kann so entscheidend gedämpft werden.

Vollbeschäftigung ist finanzierbar



Ein wesentlicher Effekt einer Geldgebühr besteht darin, dass das Angebot an langfristigen Ausleihungen konstant hoch bleibt. Wenn Liquidität Kosten verursacht, werden sich viele Spekulationen nicht mehr rentieren. Dafür eingesetzte Guthaben werden abgebaut und zu Gunsten mittel- und langfristiger An-

lagen umgeschichtet. Dies drückt den Preis des Geldes und macht Kredite dauerhaft billig. Die Grafik „Zinstreppe“ (siehe Abbildung 2) zeigt die Auswirkung auf den Kreditmarkt. Durch die „Tieferlegung“ sinken die Zinssätze. Unternehmen und Gesellschaft profitieren so von dauerhaft niedrigen Kapitalmarktzinsen und vermeiden die Konsequenzen steigender Zinslasten.

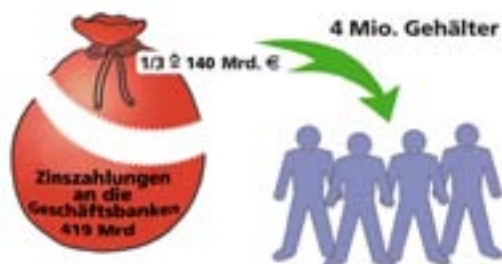


Abbildung 3: Vollbeschäftigung

Steigende Zinsaufwendungen gehen zu Lasten der Einkommen. (Willemsen)

Die Dimension der Zinsbelastung ist gewaltig. Entsprechend wirkungsvoll könnten die Folgen von dauerhaften Zinssenkungen sein. Schon ein Absinken des Kapitalmarkt-Zinssatzes um ein Drittel würde die öffentliche Hand und die Betriebe um eine Summe entlasten, die den Gehältern von vier Mio. Beschäftigten entspricht (Zahlen für Deutschland 2007 bei einem durchschnittlichen Bruttolohn von 35 000 Euro). Die Grafik macht anschaulich, dass schon ein geringfügiges Absinken des Kapitalmarktzinses Vollbeschäftigung finanzierbar macht. Mit vier Mio.

zusätzlichen Arbeitsplätzen könnte die wöchentliche Arbeitszeit aller Beschäftigten auf 33 Stunden sinken, ohne die Gesamtleistung zu verändern. Neue Vollzeitarbeitsplätze würden sich positiv auf die derzeitige Absatzkrise auswirken; Impulse, die die soziale Marktwirtschaft dringend braucht, um ein für alle Menschen lebenswertes Gemeinwesen zu erhalten. Jeder Mensch, der seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten will, muss in die Lage versetzt werden, einen Arbeitsplatz zu anständigen Konditionen zu finden. Nur so hat er die Freiheit, sich seinen Vorstellungen entsprechend zu entfalten. Ferner muss sich jeder Bürger ausreichend Bildung, Kultur und soziale Sicherheit leisten können. Nur so ist ein Leben in Würde zu führen. Die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg darf nicht wie ein Damoklesschwert über Mio. von Bürgern schweben. Solche Verhältnisse, die krank machen und Aggressionen fördern, sollten in der modernen Gesellschaft der Vergangenheit angehören.

Die Zinszahlungen sind, nach den Renten, der zweitgrößte Posten im Haushalt der Bundesregierung. Sinkende Zinssätze führen neben den Einsparungen beim Arbeitslosenbudget zu gewaltigen Überschüssen bei den Steuereinnahmen. So wird Spielraum gewonnen, damit Politik wieder gestalten kann. Außerdem können die Steuerzahler entlastet werden, wodurch deren Kaufkraft zusätzlich gestärkt wird. Was es nicht mehr braucht, sind staatliche Wachstums- und Konjunkturprogramme. Bei einem Null-Zins-Niveau am Kapitalmarkt haben die Unternehmen optimale Produktionsbedingungen. Immer da, wo ein Bedarf ist, wird sich ein Angebot einstellen. Keine Firma muss mehr in Insolvenz gehen, weil sie ihre Zinslasten nicht mehr erwirtschaften kann.

Die ökologische Wende braucht ein neutrales Geld



Das entscheidende Argument für ein neues Geldverständnis besteht darin, dass ein wachstums- und verteilungsneutrales Geld den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft erst möglich macht. Die Wettbewerbsnachteile regenerativer Energiequellen sind Folgen unseres fehlerhaften Geldsystems. Die Zinslasten sind die direkte Ursache dafür, dass es lukrativer ist, Kohle zu verbrennen, als Solarzellen auf jedes Dach zu setzen. In der Bilanz sieht dies wie folgt aus:

Kohle- und Urannutzung sind, auch dank jahrzehntelanger Subventionierung, weitgehend erforscht, die Kraftwerke stehen. In alternative Anlagen sind dementsprechend höhere Investitionen notwendig. Die Kapitalkosten – sprich die Verzinsung – dieser höheren Anfangsinvestitionen schlagen in der Gesamtkalkulation stärker zu Buche als die über die Jahre verteilt anfallenden Kosten für Brennmaterial. Je höher die anfänglichen Investitionskosten eines Sonnenkraftwerks im Verhältnis zu einem konventionellen Verbrennungskraftwerk mit entsprechender Leistung sind, desto geringer ist das relative Gewicht der Energiekosten für die Rentabilität und die Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Energieart.

Einfacher ausgedrückt: Höhere Anfangsinvestitionen wirken sich durch die Zinslasten negativ auf die Wirtschaftlichkeit aus. Zinskosten beeinflussen viele Entscheidungen zugunsten zugekaufter Energieträger. Dies trifft gleichermaßen für innovative Techniken wie für Energie einsparende Maßnahmen zu.

Null-Zins-Niveau fördert umweltfreundliche Investitionen



Ein Null-Heizenergie-Haus ist heute um ca. 40.000 Euro teurer als ein vergleichbares Haus herkömmlicher Bauweise. Spart ein Haushalt jährlich 2.000 Euro

Energiekosten ein, könnten damit die Mehrkosten in 20 Jahren getilgt werden. Legt man steigende Energiepreise zugrunde, könnte sich diese Investition durch die Einsparung von Brennstoff entsprechend schneller amortisieren. Diese Rechnung geht jedoch nur auf, wenn man die Zinskosten ignoriert. Da die zusätzlichen Baukosten auf dem Kapitalmarkt aufgenommen und verzinst werden müssen, rechnen sich derartige Maßnahmen für den Bauträger eben nicht. Bis die ohnehin anfallenden Kredite für Bau- und Grundstückskosten abbezahlt sind, vergehen in der Regel 20 bis 25 Jahre; Jahre, in denen die Schuld für die Mehrkosten durch Zins und Zinseszins stetig anwächst. Erst bei einem Zinssatz von höchstens fünf Prozent reichen die Einsparungen aus, um die Zinsen für den zusätzlichen Kredit zu bezahlen. Bei einem höheren Zinssatz haben sich die Mehrkosten möglicherweise verdoppelt, bevor man beginnt, sie abzuzahlen. Mitunter steigen sie auf das Drei- bis Vierfache, bevor die letzte Rate fällig wird. Bekäme der Investor das Geld zu einem Zinssatz von einem Prozent überlassen, könnte er von den eingesparten Energiekosten 400 Euro Zinsen bezahlen und den Kredit jährlich mit 1.600 Euro tilgen. So hätte sich die Investition nach 25 Jahren amortisiert. In den folgenden Jahren spart der Hauseigentümer die kompletten Energiekosten und hat so Spielraum für anfallende Reparaturen.

Die Höhe des Kreditzinses ist entscheidend für eine ökologisch sinnvolle,

aber ökonomisch notwendige Abwägung. Er ist der Grund dafür, dass eine monatliche Gas- oder Ölrechnung für die meisten Bauherren auch heute noch günstiger ist als in radikale Energieeinsparung zu investieren. Selbst derjenige, der ausreichend Eigenmittel hat, braucht viel Idealismus für einen Umbau, bekommt er doch, bei den üblichen Zinssätzen, von der Bank mehr an Zinsen, als er durch eine Solaranlage, durch Wärmeisolation und Ähnliches an Kosten einsparen kann. Aus der Zinsfalle kommt man daher auch dann nicht heraus, wenn man mit Eigenkapital arbeitet. Je höher die Zinssätze, desto höher muss der Idealismus sein, oder es braucht entsprechend hohe staatliche Zuschüsse, die dann vom Steuerzahler finanziert werden.

Resümee



Zinskosten behindern den technologischen Wandel. Eine lang anhaltende Phase niedriger Notenbankzinssätze hat Investitionen in innovative Techniken und Arbeitsplätze gefördert. Die ansteigenden Zinssätze werden diesem Trend bald ein Ende setzen. Zinslasten sind Kosten, die gleichermaßen der Industrie, den öffentlichen Institutionen wie den Privathaushalten für Investitionen fehlen. Erst wenn die Kapitalkosten gegen Null gehen, kommt der Kostenvorteil von Solaranlagen, Wärmedämmung und anderen alternativen Verfahren gegenüber dem Zukauf und der Verbrennung fossiler Energieträger voll zum Tragen.

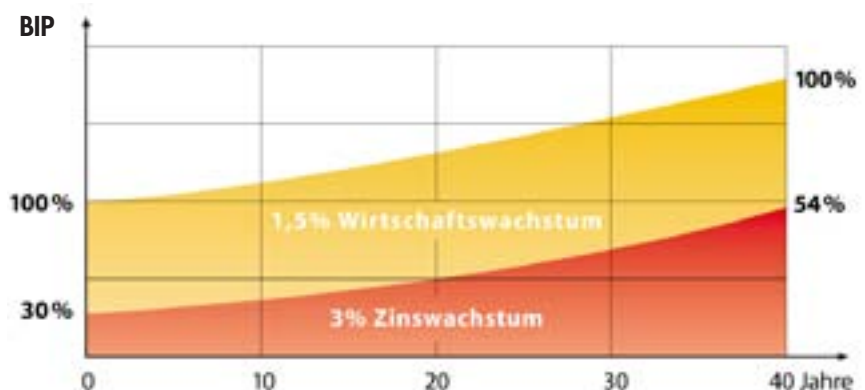


Abbildung 4: BIP Verteilungsmodell über 40 Jahre. Von der wirtschaftlichen Leistung bleibt für jene, die nicht von ihren Zinsen leben, immer weniger übrig. (Willemsen)

Der gesellschaftliche Gewinn, der durch ein Null-Zins-Niveau entsteht, reicht jedoch viel weiter. Die zwangsläufige Verarmung immer größerer Teile der Bevölkerung, wie sie die Grafik veranschaulicht, wird dadurch beendet. Der ökologische Wandel wird finanzierbar, die öffentlichen Haushalte erhalten wieder Handlungsspielräume, die sozialen Sicherungssysteme können auf Dauer stabilisiert werden. Unternehmen und Arbeiter werden entlastet. Wenn es der Notenbank gelingt, bei niedrigsten Zinssätzen und vollkommener Preisstabilität einen stetigen Geldumlauf zu gewährleisten, ist Wohlstand für alle bei nachhaltiger Stabilität zu erreichen. Nur so entkommen wir der in der Grafik veranschaulichten Wachstumsfalle.

Die Perspektive, mit einer konstanten Wirtschaftsleistung auszukommen, ermöglicht es, ein immer zerstörerisches Wachstum zu vermeiden. Voraussetzung dafür ist, dass die angesparten Vermögen auch dann dem Kapitalmarkt für langfristige Kredite zur Verfügung stehen, wenn die Zinsen gegen Null sinken. Technisch wird es darauf ankommen, dass die Notenbank einen Hebel in die Hand bekommt, der ihr die aktive Geldmengensteuerung ermöglicht. Schon heute lautet ihr Auftrag, Preisstabilität bei möglichst geringen Zinssätzen zu erzielen. Mit der oben beschriebenen Gebühr auf Liquidität bekommt die Notenbank das hierfür bisher fehlende Werkzeug an die Hand.

Literatur

Creutz, H.: Das Geld-Syndrom.

München: Ullstein Taschenbuchverlag, 5. überarb. Aufl. (2001).

Creutz, H.: Die 29 Irrtümer rund ums Geld. München: Signum Wirtschaftsverlag (2004).

Huth, T.: Die Goldene Regel als Wettbewerbsgleichgewicht – ein Versuch über Keynes. Berlin: Duncker & Humblot (2001).

Keynes, J. M.: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin: Duncker & Humblot, unveränderter Nachdruck der 1936 erschienenen Erstauflage (1994).

Löhr, D.: Die Plünderung der Erde. Kiel: Verlag für Sozialökonomie, 2. überarb. Aufl. (2009).

Popp, K.: Das Märchen vom guten Zins. München: Signum Wirtschaftsverlag (2006).

Suhr, D.: Der Kapitalismus als monetäres Syndrom. Frankfurt am Main: Campus Verlag (1988).

Der Artikel erschien unter dem Titel „Grenzenloser Reichtum und Grenzen der Freiheit“ in dem Band „Freiheit – Interdisziplinäre Betrachtungen“ Hirzel Verlag Stuttgart (2010) - Das Buch ist eine Publikation des MinD-Hochschul-Netzwerkes. Herausgegeben von Anna Seemüller, Tanja Gabriele Baudson und Martin Dresler.



Abbildung 5: BIP und Zinswachstum

Bei konstanter Wirtschaftsleistung haben die Arbeitenden zunächst eine zunehmende, bis zu 30 % höhere, dann eine konstant hohe Kaufkraft.



Politisch wird es darauf ankommen, dieses Instrument in den gesellschaftlichen Diskurs einzubauen. Professoren wie Greg Mankiw (Harvard), Willem Buiter (London School of Economics), Ulrich van Suntum (INSM und Uni Münster) und Thomas Huth (Uni Lüneburg) haben diesen Prozess, unter den Stichworten „Negative Zinsen und Durchhaltekosten“, in der aktuellen Volkswirtschaftslehre angestoßen. NGOs wie die *Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung* treiben die Entwicklung von der Basis her voran.



Zum Autor

Klaus Willemsen
(geb. Popp) Dipl.
Sozialpädagoge

Seit 1989 Referent, Autor und Berater für Geldreform & Fairconomy. Sein Thema sind die Chancen gesellschaftlicher Weiterentwicklung, die sich mit dem Begriff Fairconomy verbinden. Mit seinem Fairconomy Büro Düsseldorf koordiniert er Aktionen, die zur Verbreiterung des zinskritischen Ansatzes beitragen.

Sein Buch „Das Märchen vom guten Zins“ bietet einen Gesellschaftsentwurf, der das Wachstumsparadigma unserer Wirtschaftsordnung erklärt und einen machbaren Lösungsansatz aufzeigt. Es ist leicht verständlich und vermittelt dennoch komplexe Zusammenhänge und ist ein Geschenk an alle, die sich Sorgen machen über die Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen und denen eine friedliche und lebenswerte Gesellschaft ein Anliegen ist.